

## Kommunalbericht 2005

- Haushaltslage der Gemeinden  
und Gemeindeverbände -

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassende Darstellung	1
Vorbemerkung	2
1. Überblick	2
2. Einnahmenentwicklung im Einzelnen	7
2.1 Steuern	7
2.1.1 Gesamtentwicklung	7
2.1.2 Gewerbesteuer	8
2.1.3 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer	9
2.1.4 Grundsteuer	10
2.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	10
2.3 Zuweisungen und Zuschüsse	10
2.4 Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen	11
2.5 Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen	12
2.6 Einnahmen aus Krediten	12
3. Ausgabenentwicklung im Einzelnen	13
3.1 Personalausgaben	13
3.2 Ausgaben für Sozialleistungen	14
3.3 Sachaufwand	15
3.4 Zinsausgaben	15
3.5 Sachinvestitionen	15
4. Schulden der kommunalen Haushalte	17
4.1 Kredite für Investitionen	17
4.2 Kassenkredite	17
4.3 Gesamtschulden	20

## Anlagenverzeichnis

1	Gemeinden und Gemeindeverbände mit unausgeglichenem Haushalt - Rechnungsergebnisse 2004 -
2	Gemeinden und Gemeindeverbände mit unausgeglichenem Haushalt - Haushaltsplanung 2005 -
3	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben 2004 und 2005 nach Gebietskörperschaftsgruppen

## **Zusammenfassende Darstellung**

**Die Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen 2005 im sechzehnten Jahr in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus. Ein Defizit von 454 Mio. € war auszugleichen.**

**Nach den Rechnungsergebnissen des Jahres 2004 konnten 974 von 2.493 Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen. Der Fehlbetrag war mit 1.354 Mio. € um 39 Mio. € höher als im Vorjahr.**

**Die Planungen von 1.123 Kommunen, das sind 75 mehr als im Vorjahr, wiesen für 2005 einen Fehlbedarf von insgesamt 1.950 Mio. € aus. Zwei Drittel davon entfielen auf die kreisfreien Städte.**

**Die Gesamtschulden der Kommunen einschließlich der Kassenkredite, der Schulden der Eigenbetriebe und Krankenanstalten sowie der Verpflichtung aus dem Versteigerungsdarlehen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mrd. € oder 6 % auf 12,1 Mrd. €. Das entspricht einem Betrag von 2.971 € je Einwohner.**

**Zur Finanzierung der laufenden Ausgaben wurden Kassenkredite von 432 Mio. € aufgenommen, die nur kurzfristige Liquiditätsengpässe überbrücken sollen. Die Kassenkredite stiegen gegenüber dem Vorjahr um 19 % und betrugen 2.756 Mio. €. Bei den kreisfreien Städten waren sie im zweiten Jahr in Folge höher als die Kredite für Investitionen und entsprachen fast den gesamten jährlichen Einnahmen der Verwaltungshaushalte.**

**Die hohen Defizite und die Gesamtschulden sowie die sich abzeichnende demografische Entwicklung machen eine umfassende Konsolidierung der kommunalen Finanzen notwendig.**

## Vorbemerkung

Der Rechnungshof berichtet dem Landtag und der Landesregierung seit 1997 im Kommunalbericht regelmäßig über die Entwicklung der Haushaltslage der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der diesjährige Bericht stellt die Finanzierungssituation der Gebietskörperschaften für das Jahr 2005 dar.

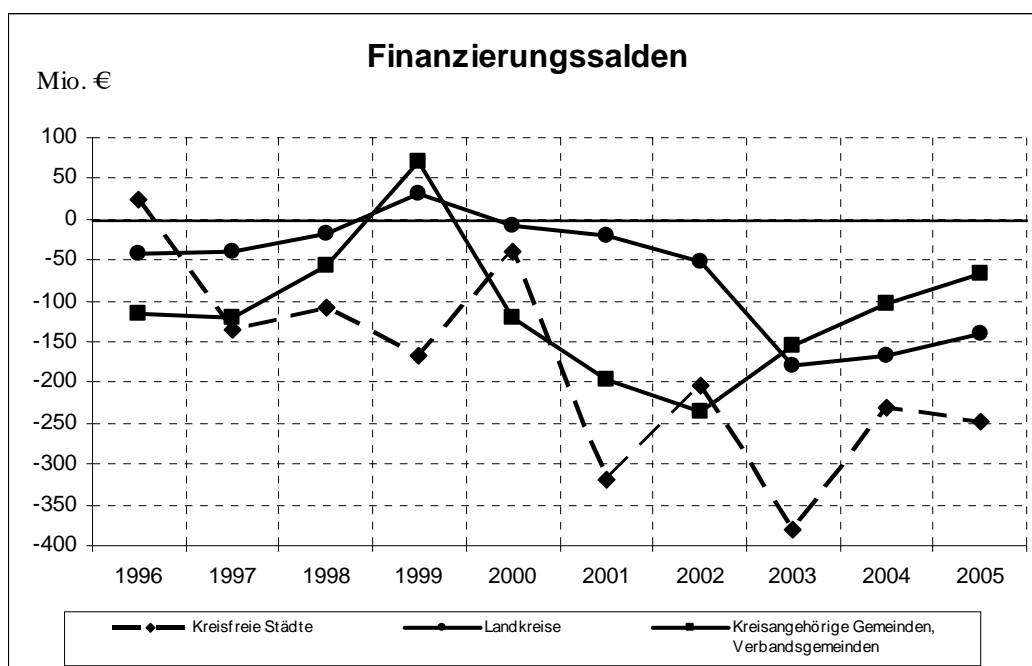
## 1. Überblick

Die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände<sup>1)</sup> weisen seit 1990 negative Finanzierungssalden aus. Das Finanzierungsdefizit<sup>2)</sup> lag 2005 bei 454 Mio. € Gegenüber dem Vorjahr verringerte es sich um 49 Mio. €

Die im Jahr 2005 um 3,2 % gestiegenen Gesamteinnahmen von 8,259 Mrd. € reichten nicht aus, um die Gesamtausgaben von 8,713 Mrd. € zu decken, die um 2,4 % zunahmen. Von dem Finanzierungsdefizit entfielen 248 Mio. € auf die kreisfreien Städte, 138 Mio. € auf die Landkreise und 68 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden<sup>3)</sup>. Das Finanzierungsdefizit der kreisfreien Städte erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 8 %, bei den Landkreisen verringerte es sich um 18 % und bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden um 36 %.

Im vierten Jahr in Folge wiesen die Gemeinden und Gemeindeverbände in der laufenden Rechnung ein Defizit aus. Ausgaben, wie beispielsweise Personal- und Sozialausgaben, wurden wieder mit Kassenkrediten finanziert.

Der Finanzierungssaldo der einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen entwickelte sich in den Jahren 1996 bis 2005 wie folgt:



1) Ohne Bezirksverband Pfalz und Zweckverbände.

2) Differenz zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung (ohne besondere Finanzierungsvorgänge, z.B. Rücklagenentnahmen, Deckung von Vorjahresfehlbeträgen, innere Darlehen, Kreditmarktmittel).

3) Im Interesse einer übersichtlichen Darstellung sind die Zahlenangaben grundsätzlich gerundet. Differenzen in den nachfolgend dargestellten Beträgen entstehen durch Rundungen.

Die Entwicklung der Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 2000 bis 2005 ist in der folgenden Übersicht dargestellt und wird nachfolgend erläutert <sup>4)</sup>.

		2000	2001	2002	2003	2004 <sup>1)</sup>	2005	2005/ 2004
		- Mio. €-						%
1.	Einnahmen							
1.1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen	2.567	2.331	2.297	2.185	2.400	2.504	4,3
	- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.014	965	969	989	919	930	1,2
	- Gewerbesteuer (netto)	913	709	740	639	919	1.000	8,8
	- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	110	116	118	115	112	112	0,0
	- Grundsteuer A und B	380	388	398	406	413	425	2,9
1.2	Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	835	877	875	910	923	919	-0,4
	- Gebühren, sonstige Entgelte	310	329	334	344	340	347	2,1
1.3	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	3.519	3.624	3.706	3.715	3.825	3.982	4,1
	- vom Land	1.672	1.709	1.828	1.855	1.840	2.026	10,1
	- Schlüsselzuweisungen <sup>2)</sup>	773	780	866	827	821	837	1,9
1.4	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	570	595	586	558	556	545	-2,0
	- vom Land	314	347	343	335	347	353	1,7
1.5	Erlöse aus Vermögensveräußerungen	300	273	329	300	262	271	3,4
1.6	Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	6.959	6.877	6.917	6.841	7.172	7.432	3,6
1.7	Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	889	881	927	871	832	827	-0,6
1.8	Gesamteinnahmen (1.6 + 1.7) ohne besondere Finanzierungsvorgänge	7.848	7.758	7.844	7.712	8.004	8.259	3,2
2.	Ausgaben							
2.1	Personalausgaben	1.773	1.824	1.882	1.908	1.956	1.992	1,8
2.2	Laufender Sachaufwand	1.111	1.156	1.194	1.213	1.238	1.267	2,3
2.3	Zinsausgaben	281	301	298	294	298	296	-0,7
2.4	Sozialausgaben	1.199	1.201	1.245	1.343	1.481	1.657	11,9
2.5	Sachinvestitionen	1.237	1.298	1.214	1.155	1.025	952	-7,1
	- Baumaßnahmen	954	993	954	921	815	749	-8,1
2.6	Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen	109	103	120	135	111	122	9,9
2.7	Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	6.648	6.865	6.971	7.119	7.354	7.603	3,4
2.8	Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	1.367	1.428	1.364	1.306	1.153	1.110	-3,7
2.9	Gesamtausgaben (2.7 + 2.8) ohne besondere Finanzierungsvorgänge	8.015	8.293	8.335	8.425	8.507	8.713	2,4
2.10	Finanzierungssaldo (1.8 ./ 2.9)	-167	-535	-491	-713	-503	-454	9,7
3.1	Überschuss/Fehlbetrag der laufenden Rechnung (1.6 ./ 2.7)	311	12	-54	-278	-182	-171	6,0
3.2	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	328	316	377	430	358	348	-2,8
3.3	Tilgung von Krediten	249	240	244	266	288	305	5,9
3.4	Nettoinvestitionsrate (3.1 ./ 3.3)	62	-228	-298	-544	-470	-476	-1,3
4.	Schulden am 31. Dezember							
4.1	Haushalte	4.279	4.357	4.477	4.626	4.687	4.748	1,3
4.2	Eigenbetriebe	3.901	3.931	4.016	3.982	3.997	3.938	-1,5
4.3	Krankenanstalten	137	141	128	125	119	117	-1,7
4.4	Summe (4.1 + 4.2 + 4.3)	8.317	8.429	8.621	8.733	8.803	8.803	0,0
<sup>1)</sup>	Abweichungen gegenüber der Veröffentlichung im Kommunalbericht 2004 Teil I beruhen auf Berichtigungen der Statistik.							
<sup>2)</sup>	Einschließlich Investitionsschlüsselzuweisungen. Für 2000 bis 2003 Handbuch der Finanzstatistik, Tabelle 600; für 2004 und 2005 Statistische Berichte des Statistischen Landesamts, Kennziffer L II - j/04 und 05.							

Das Aufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände an Steuern und steuerähnlichen Einnahmen stieg 2005 um 104 Mio. € hauptsächlich aufgrund höherer Einnahmen bei der Gewerbesteuer. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb gingen um 4 Mio. € zurück.

<sup>4)</sup> Die Übersicht beruht im Wesentlichen auf den Statistiken über die kassenmäßigen Ergebnisse und die Schuldenstatistiken der Jahre 2000 bis 2005 sowie auf der Haushaltsplanung des Jahres 2005. Ein langfristiger Vergleich wird durch die Auslagerung von Einrichtungen aus den Haushalten erschwert.

Die Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen erhöhten sich um 157 Mio. € und die Erlöse aus Vermögensveräußerungen um 9 Mio. €. Dagegen verringerten sich die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen um 11 Mio. € und die Kreditaufnahmen um 10 Mio. €.

Die Personalausgaben stiegen um 36 Mio. €, der laufende Sachaufwand um 29 Mio. €, die Sozialausgaben um 176 Mio. € und die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Dritte um 11 Mio. €. Die Zinsausgaben verringerten sich um 2 Mio. € und die Sachinvestitionen um 73 Mio. €.

In der laufenden Rechnung überschritten die Ausgaben<sup>5)</sup> die Einnahmen<sup>6)</sup> um 171 Mio. €. Auf Gebietskörperschaftsgruppen bezogen ist dies wie im Vorjahr ausschließlich auf die Fehlbeträge der kreisfreien Städte und Landkreise zurückzuführen. Bei den kreisfreien Städten übertrafen die laufenden Ausgaben die Einnahmen um 219 Mio. €. Nach Hinzurechnung der Tilgungsausgaben von 73 Mio. € belief sich die Unterdeckung der kreisfreien Städte auf 292 Mio. € (Vorjahr 281 Mio. €). Die Landkreise wiesen 2005 einen Fehlbetrag von 103 Mio. € aus. Bei 66 Mio. € Tilgungsausgaben summierte sich die Unterdeckung auf 169 Mio. € (Vorjahr 166 Mio. €).

Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden deckten die Überschüsse der laufenden Rechnung von 151 Mio. € nicht die Tilgungsausgaben von 166 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Unterdeckung um 8 Mio. €.

In der Kapitalrechnung gingen die Einnahmen<sup>7)</sup> aller Gebietskörperschaften 2005 gegenüber dem Vorjahr um 5 Mio. € und die Ausgaben<sup>8)</sup> um 43 Mio. € zurück. Zum Ausgleich der Kapitalrechnung fehlten Einnahmen von 283 Mio. € (im Vorjahr 321 Mio. €).

Nach den Planungen war für 2004 ein Fehlbedarf von 1.496 Mio. € ausgewiesen. Der Fehlbetrag verringerte sich nach den Rechnungsergebnissen um 142 Mio. € auf 1.354 Mio. €. Seit 2000 ist der Fehlbetrag um 242 % angestiegen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Gebietskörperschaften mit nicht ausgeglichenen Rechnungen um 354 auf 974 (+ 57 %).

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Haushaltsplanung						
- Zahl der unausgeglichenen Haushalte	620	682	809	943	1.048	1.123
- Fehlbedarf in Mio. €	411	716	743	1.378	1.496	1.950
Rechnungsergebnis						
- Zahl der unausgeglichenen Rechnungen	620	682	864	860	974 <sup>9)</sup>	10)
- Fehlbetrag in Mio. €	396	772	863	1.315	1.354	

Die Fehlbeträge nach den Rechnungsergebnissen 2004 der einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen sind in der Anlage 1 dargestellt.

Nach der Haushaltsplanung 2005 konnten 1.123 von 2.493 Gebietskörperschaften oder 45 % ihren Haushalt nicht ausgleichen. Das waren 75 Kommunen mehr als 2004.

Von dem Fehlbedarf von 1.950 Mio. € entfielen

- 66 % auf die zwölf kreisfreien Städte,
- 15 % auf 23 Landkreise,
- 3 % auf sechs große kreisangehörige Städte,
- 3 % auf 66 Verbandsgemeinden und
- 13 % auf 1.016 Ortsgemeinden.

<sup>5)</sup> Ausgaben der laufenden Rechnung sind Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben, laufende Zuweisungen und Zuschüsse (insbesondere Sozialausgaben) sowie Schuldendiensthilfen.

<sup>6)</sup> Einnahmen der laufenden Rechnung sind Steuern und steuerähnliche Einnahmen, Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb, Zinseinnahmen und Schuldendiensthilfen sowie laufende Zuweisungen und Zuschüsse.

<sup>7)</sup> Einnahmen der Kapitalrechnung sind Erlöse aus der Veräußerung von Sachvermögen und Beteiligungen, Vermögensübertragungen, Darlehensrückflüsse und Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich.

<sup>8)</sup> Ausgaben der Kapitalrechnung sind Sachinvestitionen, Zuwendungen für Investitionen, Erwerb von Beteiligungen und Tilgungsausgaben an den öffentlichen Bereich.

<sup>9)</sup> Elf kreisfreie Städte (Vorjahr zwölf), fünf große kreisangehörige Städte (Vorjahr fünf), 20 Landkreise (Vorjahr 19), 52 Verbandsgemeinden (Vorjahr 43) und 886 verbandsfreie Gemeinden und Ortsgemeinden (Vorjahr 781).

<sup>10)</sup> Ergebnisse lagen noch nicht vor.

Die unausgeglichene Haushalte nach der Planung 2005 sind nach Gebietskörperschaftsgruppen getrennt in der Anlage 2 dargestellt.

Ungeachtet des Zuwachses bei den Einnahmen bleibt die Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund des Finanzierungsdefizits 2005 von rd. 0,5 Mrd. € und der steigenden Anzahl unausgeglichener Haushalte weiter angespannt. Die Fehlbeträge aus Vorjahren belasten die künftigen Haushaltsjahre und können regelmäßig nur durch die Aufnahme von Kassenkrediten gedeckt werden. Die Kassenkredite, die nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsgaps dienen sollen, haben 2005 mit 2,8 Mrd. € einen Höchststand erreicht, der inzwischen 58 % der Rückzahlungsverpflichtungen aus Krediten für Investitionen entspricht. Entgegen § 105 Gemeindeordnung haben sich die Kassenkredite zu einem dauerhaften Finanzierungsinstrument entwickelt.

Im Vergleich mit den Kommunen der anderen Flächenländer (West) sind die Kassenkredite der rheinland-pfälzischen Kommunen nach Betrag und Zuwachsrate überdurchschnittlich hoch. Insgesamt 140 von 236 kommunalen Gebietskörperschaften (ohne Ortsgemeinden) sind mit Kassenkrediten verschuldet.

Auf die kreisfreien Städte entfallen 66 % aller Kassenkredite. Diese übersteigen seit 2004 die Schulden für Investitionsausgaben.

Der prognostizierte Zuwachs bei den kommunalen Steuereinnahmen <sup>11)</sup> wird die Finanzprobleme der Kommunen nicht lösen. Die hohen Defizite und die Gesamtschulden von inzwischen mehr als 12 Mrd. € <sup>12)</sup> machen eine umfassende Konsolidierung der kommunalen Finanzen notwendig. Die Zins- und Tilgungslasten verengen die Handlungsspielräume. Steigende Zinssätze stellen zusätzliche Risiken dar. Die sich abzeichnende demografische Entwicklung erschwert die Schuldentilgung zudem.

Zur Haushaltskonsolidierung müssen insbesondere die konsumtiven Ausgaben auf das notwendige Maß begrenzt werden. Zu den Einsparungsbemühungen muss eine Ausschöpfung bestehender Einnahmequellen und die Veräußerung entbehrlichen Vermögens hinzukommen. Dazu können auch Beteiligungen zählen, die zur Erfüllung der Kernaufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften nicht erforderlich sind. Weitere Einsparungen lassen sich durch eine verstärkte Zusammenarbeit benachbarter Kommunen erzielen.

Trotz erheblicher Konsolidierungsbemühungen in den letzten Jahren hat sich die Finanzlage insgesamt verschlechtert, da die Kommunen keinen oder nur geringen Einfluss auf wesentliche Ursachen haben, wie z.B. die gesamtwirtschaftliche Situation, das Steuerrecht, das Besoldungsrecht und die Sozialgesetzgebung. Nachhaltige strukturelle Änderungen lassen sich nur durch ein koordiniertes Zusammenwirken aller politischen Ebenen erreichen. Das setzt die Bereitschaft voraus, Standards zu reduzieren, kommunale Leistungen auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und diese ggf. einzuschränken oder abzuschaffen. Dabei ist vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen auch eine Reform der kommunalen Strukturen notwendig, um Aufgaben wirtschaftlicher zu erfüllen und die Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung insgesamt auf Dauer zu sichern.

Ohne ernsthafte Aufgabenkritik in allen Bereichen und ohne nachhaltige Eingriffe in das Leistungsangebot ist insbesondere bei den hoch defizitären kreisfreien Städten keine wesentliche Besserung der Haushaltslage zu erwarten. Sie werden sich weitestgehend auf die Bereitstellung der erforderlichen Grundausstattung bei den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben beschränken müssen.

Für neue freiwillige Aufgaben und Leistungen, die aus der Sicht der Bürger wünschenswert sein mögen, besteht in absehbarer Zeit kein finanzieller Spielraum, selbst wenn sich die finanziellen Rahmenbedingungen verbessern. Eine Verringerung der jährlich steigenden Haushaltsfehlbeträge durch eine strenge Ausgabendisziplin und mittelfristig der Haushaltsausgleich müssen vorrangige Ziele des Verwaltungshandelns sein. Ein schrittweiser Abbau der Gesamtverschuldung auf ein Maß, das die dauernde Leistungsfähigkeit nicht gefährdet, muss dem folgen.

---

11) Die regionalisierte Steuerschätzung des Ministeriums der Finanzen für Rheinland-Pfalz vom Mai 2006 für die Jahre 2006 bis 2010 geht weiterhin von einer positiven Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen aus. Für das Jahr 2006 werden die kommunalen Steuereinnahmen auf 2.668 Mio. € geschätzt. Gegenüber den Steuereinnahmen 2005 nach der vierteljährlichen Kassenstatistik entspricht dies einem Zuwachs von 164 Mio. € Für 2007 wird ein weiterer Zuwachs von 45 Mio. € prognostiziert.

12)

Schulden Ende 2005	Mio. €	€/Einwohner
Kredite für Investitionen	4.748	1.170
Kassenkredite	2.756	679
Verstetigungsdarlehen	499	123
Eigenbetriebe	3.938	970
Krankenanstalten	117	29
Insgesamt	12.058	2.971

Eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung erfordert darüber hinaus Planungssicherheit bei den kommunalen Einnahmen, die insbesondere wegen der Schwankungen bei den Gewerbesteuereinnahmen nicht gegeben ist. Eine Verstetigung der Einnahmen setzt eine Gemeindefinanzreform voraus, zu der bereits Lösungsvorschläge vorliegen.

Die durch das Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik<sup>13)</sup> vorgesehene Umstellung des kameralistischen Rechnungswesens auf die sich am kaufmännischen Rechnungswesen orientierenden Regeln der doppelten Buchführung für Gemeinden muss langfristig dazu führen, dass die Effektivität des Verwaltungshandelns gesteigert wird und Einsparmöglichkeiten besser erkannt und genutzt werden.

Zunächst führt die Umstellung jedoch zu einem erheblichen Mehraufwand. Die Haushaltslage der Kommunen wird sich allein durch den Systemwechsel nicht verbessern.

---

<sup>13)</sup> - KomDoppikLG - vom 2. März 2006 (GVBl. S. 57).



## 2. Einnahmentwicklung im Einzelnen

Die Gesamteinnahmen <sup>14)</sup> der kommunalen Gebietskörperschaften stiegen im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 255 Mio. € oder 3,2 % auf 8.259 Mio. €

Den größten Anteil hatten mit 219 Mio. € die Landkreise. Die Mehreinnahmen der kreisfreien Städte betragen 70 Mio. € Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden gingen die Einnahmen um 34 Mio. € zurück.

Die Entwicklung der Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung nach Gebietskörperschaftsgruppen ist in Anlage 3 dargestellt.

### 2.1 Steuern

#### 2.1.1 Gesamtentwicklung

Die Kommunen verzeichneten nach rückläufigen Steuereinnahmen in den Jahren 2001 bis 2003 im zweiten Jahr in Folge einen Zuwachs. 2005 betrug dieser gegenüber dem Vorjahr 104 Mio. € oder 4,3 %.

Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
	- Mio. € -			
2000	2.567	998	84	1.485
2001	2.331	771	85	1.475
2002	2.297	803	27	1.467
2003	2.185	700	8	1.477
2004	2.400	841	8	1.551
2005	2.504	885	7	1.612

Die Steuereinnahmen stiegen 2005 bei den kreisfreien Städten um 44 Mio. € und bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden um 61 Mio. € Bei den Landkreisen blieben sie annähernd konstant.

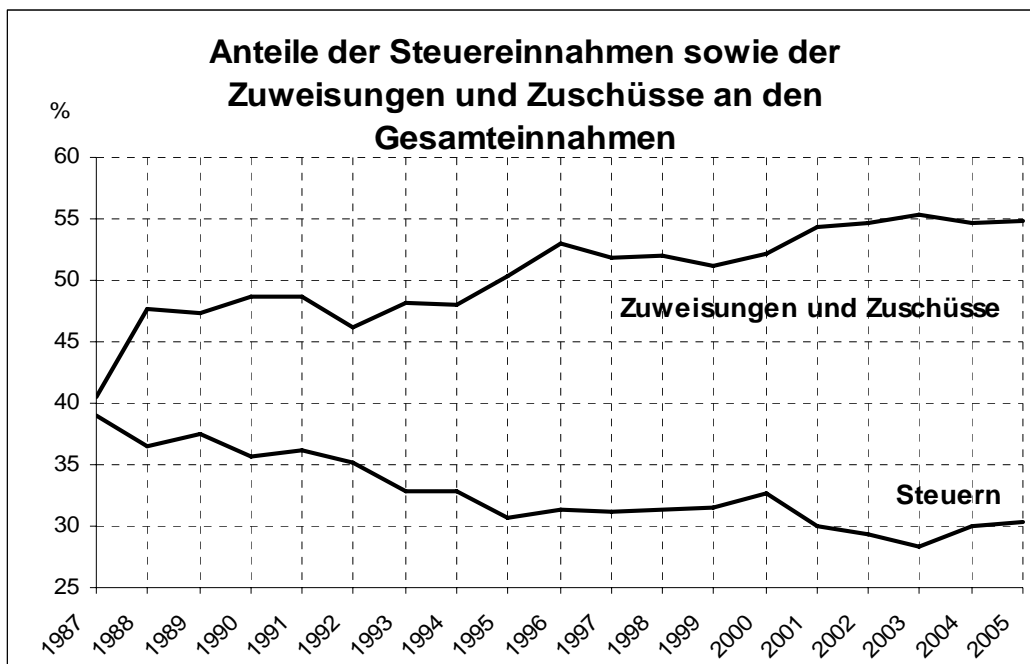
Wesentliche Ursache für den Zuwachs waren Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Haus- halts- jahr	Grundsteuer A und B		Gewerbesteuer (netto)		Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer		Gemeindeanteil an der Einkommensteuer		Sonstige Steuern <sup>15)</sup>	
	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %	Mio. €	Verände- rungen gegenüber dem Vor- jahr in %
2000	380,1	5,9	913,4	10,4	110,1	-7,7	1.014,2	-1,5	149,5	-15,8
2001	387,6	2,0	708,9	-22,4	116,1	5,4	964,6	-4,9	153,4	2,6
2002	397,7	2,6	740,4	4,4	117,7	1,4	968,6	0,4	72,3	-52,9
2003	405,8	2,0	638,8	-13,7	115,4	-2,0	989,2	2,1	36,2	-49,9
2004	413,2	1,8	918,7	43,8	111,9	-3,0	919,4	-7,1	36,5	0,8
2005	425,2	2,9	1.000,1	8,9	111,7	-0,2	929,5	1,1	37,1	1,6

Der Anteil der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen an den Gesamteinnahmen ging von 1987 bis 2003 von 39,1 % auf 28,3 % zurück. Er erhöhte sich insbesondere aufgrund gestiegener Gewerbesteuereinnahmen 2004 auf 30,0 % und 2005 auf 30,3 %. Der Anteil der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse sowie der Investitionszuwendungen lag mit 54,8 % in etwa auf Vorjahresniveau.

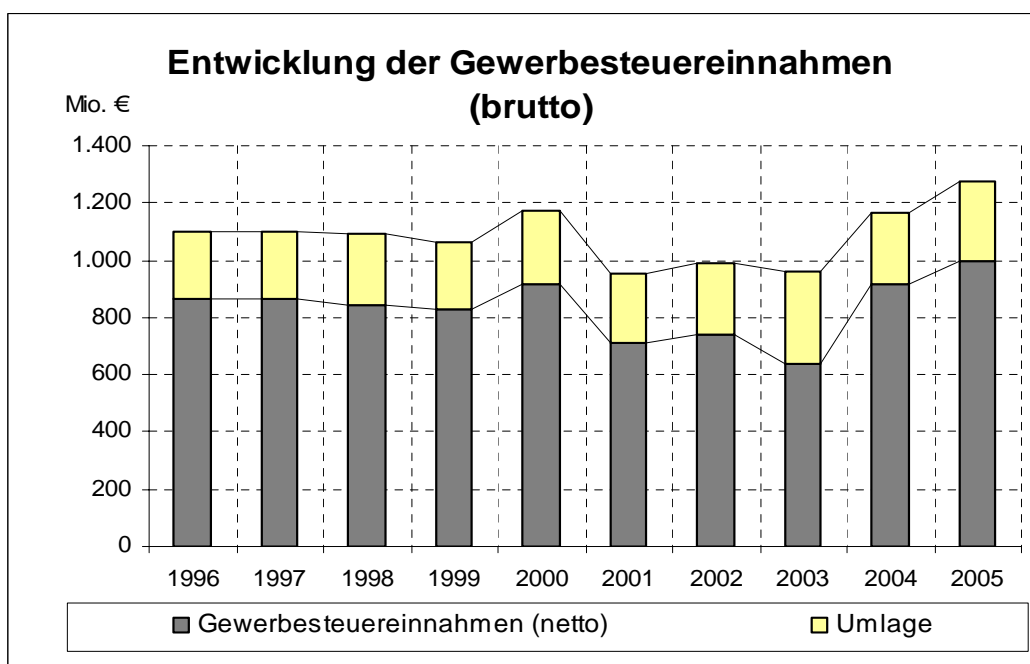
<sup>14)</sup> Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (Schuldenaufnahme, Entnahme aus Rücklagen).

<sup>15)</sup> Z.B. Schankerlaubnissteuer, Jagdsteuer, Grunderwerbsteuer (Restabwicklungsbeträge), Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer.

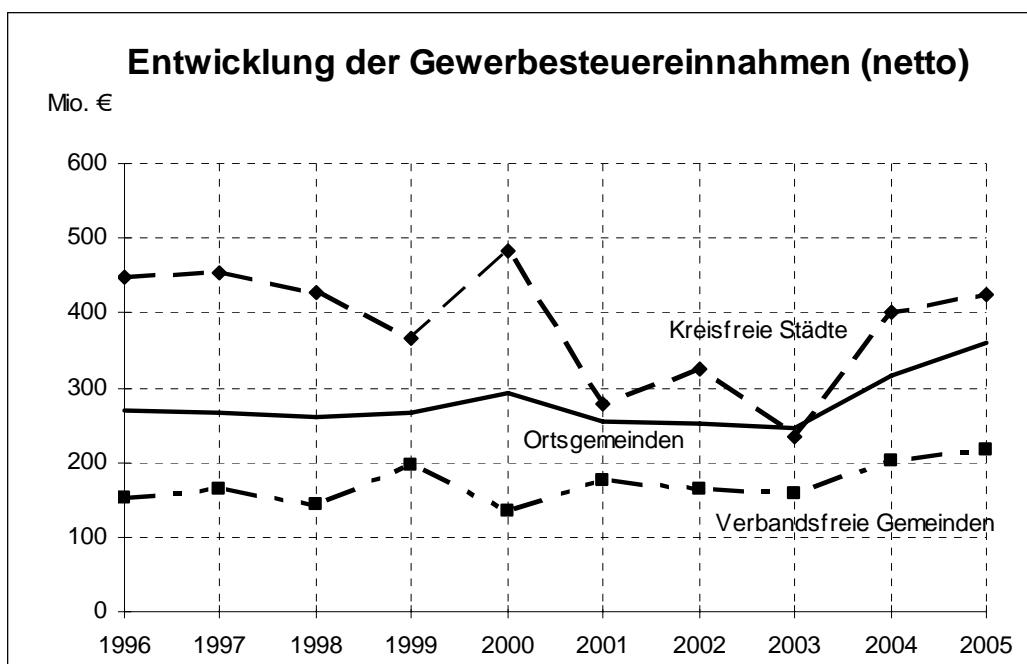


#### 2.1.2 Gewerbesteuer

Das Aufkommen der Gewerbesteuer (brutto) 2005 von 1.274 Mio. € lag um 110 Mio. € oder 9 % höher als im Vorjahr. Nach Abführung der gegenüber dem Vorjahr um 29 Mio. € höheren Gewerbesteuerumlage verblieben den Kommunen mit 1.000 Mio. € immer noch um 81 Mio. € höhere Einnahmen als 2004.



Der größte Anteil am Zuwachs des Nettoaufkommens entfiel mit 44 Mio. € oder 14 % auf die Ortsgemeinden. Bei den kreisfreien Städten stiegen die Nettoeinnahmen um 22 Mio. € oder 5 % und bei den verbandsfreien Gemeinden um 15 Mio. € oder 8 %.



Mit 420 € je Einwohner lagen die Nettoeinnahmen der kreisfreien Städte um das 2,2fache über denen der verbandsfreien Gemeinden und Ortsgemeinden mit 189 € je Einwohner. Im Einzelnen stellen sich die Gewerbesteuereinnahmen der kreisfreien Städte wie folgt dar:

Kreisfreie Stadt	Gewerbesteuer (netto) in 1.000 €			
	2003	2004	2005	Veränderung 2005 zu 2004
Koblenz	43.613	67.227	67.010	-217
Trier	28.390	25.441	32.639	7.198
Frankenthal (Pfalz)	7.854	6.684	12.157	5.473
Kaiserslautern	20.078	20.296	21.580	1.284
Landau in der Pfalz	7.900	13.508	12.729	-779
Ludwigshafen am Rhein	32.678	106.408	115.406	8.998
Mainz	44.838	81.916	83.559	1.643
Neustadt an der Weinstraße	9.813	11.748	15.670	3.922
Pirmasens	8.431	12.703	10.320	-2.383
Speyer	11.049	19.711	21.428	1.717
Worms	16.275	27.526	20.280	-7.246
Zweibrücken	4.335	8.729	11.058	2.329
Insgesamt	235.254	401.897	423.836	21.939

### 2.1.3 Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer

Das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer blieb 2005 mit 111,7 Mio. € fast auf Vorjahresniveau. Davon entfielen 52,9 Mio. € auf die kreisfreien Städte und 58,8 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden.

Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stiegen 2005 gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Mio. € auf 929,5 Mio. €. Bis 2003 hatte der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer das Aufkommen an Gewerbesteuer (netto) stets übertroffen. 2004 lagen die Einnahmen nahezu auf gleicher Höhe, 2005 übertrafen die Einnahmen der Gewerbesteuer (netto) die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Von den Einnahmen des Jahres 2005 entfielen 256,2 Mio. € auf die kreisfreien Städte und 673,3 Mio. € auf die kreisangehörigen Gemeinden.

#### 2.1.4 Grundsteuer

Der bereits seit Jahren anhaltende Zuwachs bei den Einnahmen aus der Grundsteuer<sup>16)</sup> setzte sich 2005 fort. Das Aufkommen aus der Steuer stieg um 12 Mio. € auf 425,2 Mio. €. Die Erhöhung entfiel wie in den Vorjahren auf die Grundsteuer B mit Einnahmen von 407 Mio. €. Die kreisfreien Städte nahmen an Grundsteuern 141 € und die kreisangehörigen Gemeinden 93 € je Einwohner ein.

#### 2.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb verringerten sich 2005 gegenüber dem Vorjahr um 4 Mio. € auf 919 Mio. €. Die kreisfreien Städte erzielten Einnahmen von 284 Mio. €, die Landkreise 124 Mio. € und die kreisangehörigen Gemeinden 511 Mio. €.

Die darin enthaltenen Einnahmen aus Gebühren und sonstigen Entgelten von 347 Mio. € übertrafen das Vorjahresergebnis um 7 Mio. €. Die Einnahmen aus Konzessionsabgaben, Gewinnanteilen aus Unternehmen und Beteiligungen sowie die übrigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen<sup>17)</sup> verringerten sich dagegen um 11 Mio. €.

#### 2.3 Zuweisungen und Zuschüsse

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Investitionszuwendungen betragen insgesamt 4.527 Mio. €.

Die Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen<sup>18)</sup> stiegen 2005 gegenüber dem Vorjahr um 157 Mio. € auf 3.982 Mio. €. Davon entfallen rd. 144 Mio. € auf die Beteiligung von Bund und Land an den Ausgaben im Zusammenhang mit der Neuregelung der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen verringerten sich 2005 um 11 Mio. € auf 545 Mio. €. Davon entfielen 353 Mio. € auf das Land.

Die laufenden Zuweisungen des Landes stiegen gegenüber dem Vorjahr um 186 Mio. € auf 2.026 Mio. €. Davon hatten die Schlüsselzuweisungen A und B sowie die Investitionsschlüsselzuweisungen<sup>19)</sup> mit insgesamt 837 Mio. € oder 41,3 % den größten Anteil. Die Einnahmen der kreisfreien Städte verminderten sich um 10 Mio. €, während sich bei den Landkreisen und den zugeordneten Kommunen<sup>20)</sup> die Einnahmen um 26 Mio. € erhöhten. Die kreisfreien Städte erhielten 160 € je Einwohner und die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften 221 € je Einwohner.

Im Vergleich der Jahre 1996 und 2005 nahmen die Schlüsselzuweisungen aller Gebietskörperschaften um 7 % zu. Bei den kreisfreien Städten betrug der Zuwachs 2 %, bei den Landkreisen 17 % und bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 2 %.

---

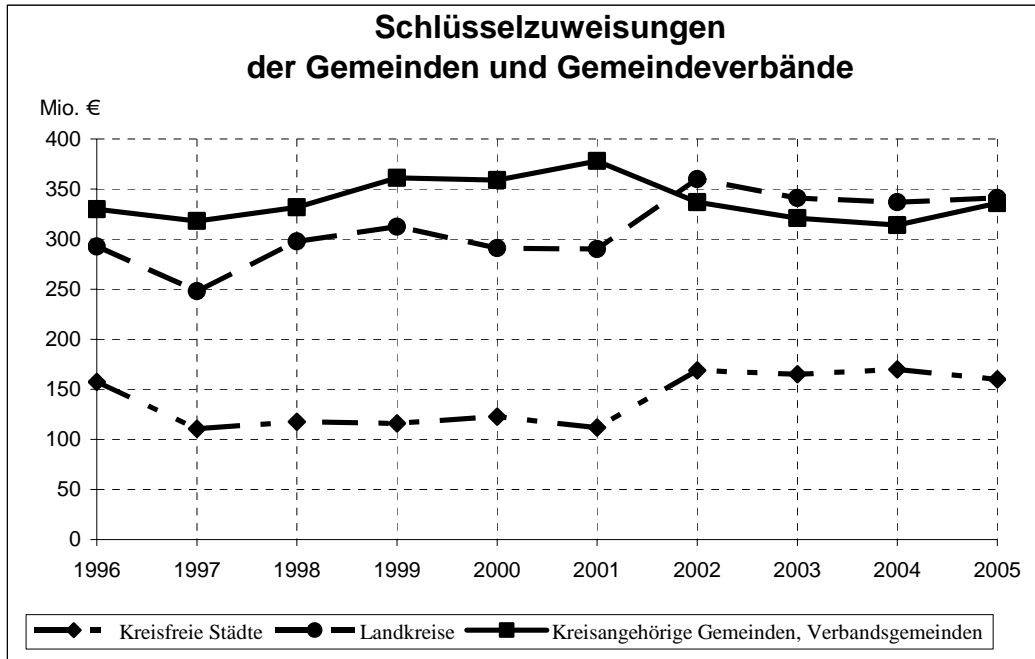
16) Steuergegenstand sind die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) und der übrige Grundbesitz (Grundsteuer B).

17) U. a. Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf, Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen.

18) Von Bund, Land, Gemeinden (einschließlich Umlagen) sowie von anderen Bereichen.

19) Auf die Schlüsselzuweisungen A, die zum Ausgleich unterschiedlicher Steuerkraft gewährt werden, entfielen 96 Mio. € auf die Schlüsselzuweisungen B 707 Mio. € und auf die Investitionsschlüsselzuweisungen 34 Mio. €.

20) Kreisangehörige Gemeinden und Verbandsgemeinden.



Die Investitionsschlüsselzuweisungen werden grundsätzlich zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gewährt. Aufgrund der zunehmend defizitären Haushaltslage vieler Kommunen wurden nach den Planungen 2005 mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde<sup>21)</sup> 28 Mio. € im Wesentlichen von den kreisfreien Städten und den Landkreisen zum Ausgleich der Verwaltungshaushalte oder zur Verminderung des jeweiligen Fehlbedarfs genutzt. Damit wurden 81 % (Vorjahr 79 %) der Zuweisungen nicht für ihren eigentlichen Zweck verwendet.

Die Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs (Finanzausgleichsmasse) 2006 betragen nach dem Haushaltsplan 2005/2006 1.706,7 Mio. € Als Darlehen zur Stabilisierung und Verstärkung kommunaler Einnahmen ist ein Betrag von 126 Mio. € veranschlagt<sup>22)</sup>. Zuzüglich der Verstärkungsdarlehen aus Vorjahren summiert sich die Rückzahlungsverpflichtung der Kommunen gegenüber dem Land Ende 2006 auf 625 Mio. €. Die Finanzausgleichsmassen der Jahre 2004 und 2005 sind im kommenden Doppelhaushalt 2007/2008 abzurechnen. Aus den Abrechnungen ergibt sich ein Anspruch des Landes von insgesamt rd. 80 Mio. €<sup>23)</sup>.

2006 betragen die allgemeinen Finanzausgleichsmassen des Landes 1.025 Mio. € und die zweckgebundenen Zuweisungen 682 Mio. €. Der Anteil der allgemeinen Zuweisungen an der Finanzausgleichsmasse beträgt wie im Vorjahr 60,1 %.

#### 2.4 Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen<sup>24)</sup>

Das Aufkommen aus der Kreisumlage (Umlagesoll) betrug 2005 insgesamt 696 Mio. € und damit 42 Mio. € mehr als im Vorjahr. An den Einnahmen der laufenden Rechnung der Landkreise hatte die Kreisumlage einen Anteil von 32 %. Im Vergleich der Jahre 1996 und 2005 nahm das Umlageaufkommen um 102 Mio. € zu. Der landesdurchschnittliche Umlagesatz erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 34,30 % auf 37,51 %.

Die Verbandsgemeindeumlage einschließlich der Sonderumlagen stieg gegenüber dem Vorjahr um 35 Mio. € auf 508 Mio. €. An den Einnahmen der laufenden Rechnung der Verbandsgemeinden hatte das Aufkommen der Verbandsgemeindeumlage einen Anteil von 54 %. Im Vergleich der Jahre 1996 und 2005 nahm das Umlageaufkommen um 72 Mio. € zu. Der landesdurchschnittliche Umlagesatz erhöhte sich von 37,81 % auf 40,78 %.

<sup>21)</sup> § 10 Abs. 2 und 3 Landesfinanzausgleichsgesetz - LFAG - vom 30. November 1999 (GVBl. S. 415), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 2. März 2006 (GVBl. S. 57).

<sup>22)</sup> Die Landesleistungen im kommunalen Finanzausgleich sind ab 2004 mit einer Mindesthöhe von 1.606 Mio. € garantiert. Um diese Summe zu erreichen, gewährt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden ein Verstärkungsdarlehen (Einzelplan 20 Allgemeine Finanzen, Kapitel 20 06 Zuweisungen an Gebietskörperschaften, Titel 853 01 Verstärkungsdarlehen nach § 34 LFAG). Die Garantiesumme erhöht sich ab 2005 jährlich um 1 % und beträgt 1.638 Mio. € im Haushaltsjahr 2006.

<sup>23)</sup> Rd. 54 Mio. € aus der Abrechnung der Finanzausgleichsmasse und aus der Finanzausgleichsumlage im Haushaltsjahr 2004 und 26 Mio. € im Haushaltsjahr 2005.

<sup>24)</sup> Vgl. 1996 Handbuch der Finanzstatistik, Tabelle 621 und 623; 2005 Statistische Berichte des Statistischen Landesamts, Kennziffer L II-j/05.

## 2.5 Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen

Die Einnahmen aus Veräußerungserlösen stiegen 2005 gegenüber dem Vorjahr um 9 Mio. € auf 271 Mio. €

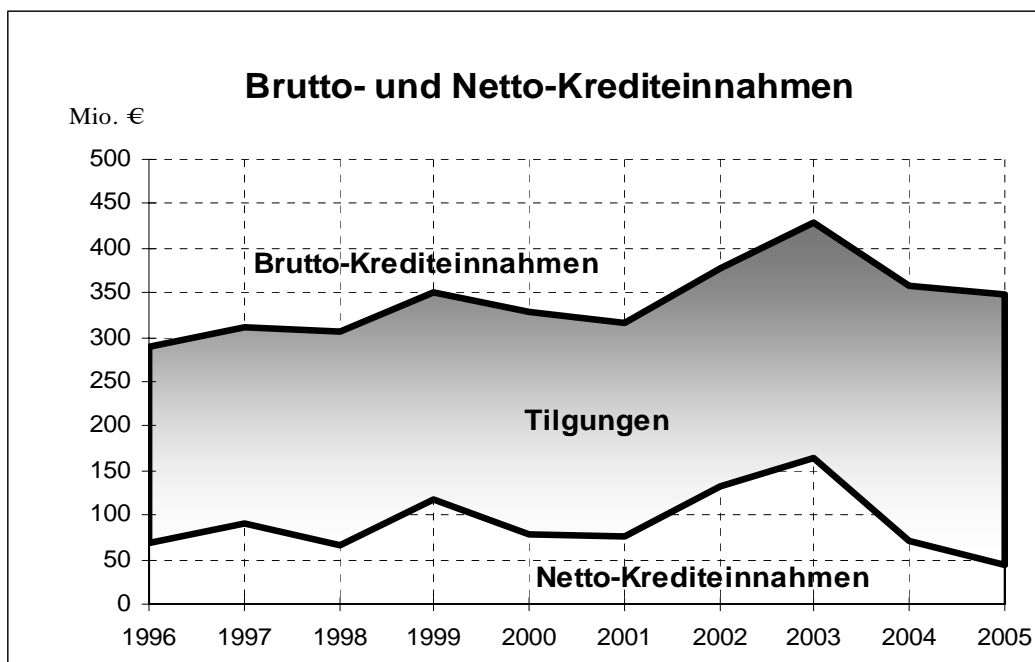
Die Veräußerung von Sachvermögen erbrachte Einnahmen von 217 Mio. € Nach Abzug der Ausgaben für den Sacherwerb von 204 Mio. € verblieb ein Finanzierungsbeitrag von 13 Mio. €

Beteiligungsveräußerungen führten zu Einnahmen von 54 Mio. € Nach Abzug der Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen von 5 Mio. € verblieben 2005 Finanzierungsmittel von 49 Mio. €

## 2.6 Einnahmen aus Krediten

Die Brutto-Krediteinnahmen gingen 2005 gegenüber dem Vorjahr um 10 Mio. € auf 348 Mio. € zurück<sup>25)</sup>. Die kreisfreien Städte nahmen Kredite von 79 Mio. € die Landkreise von 84 Mio. € und die Gemeinden und Verbandsgemeinden von 185 Mio. € auf.

Bei Tilgungsleistungen von 305 Mio. €<sup>26)</sup> betrug die Netto-Neuverschuldung 43 Mio. € Sie verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 27 Mio. €



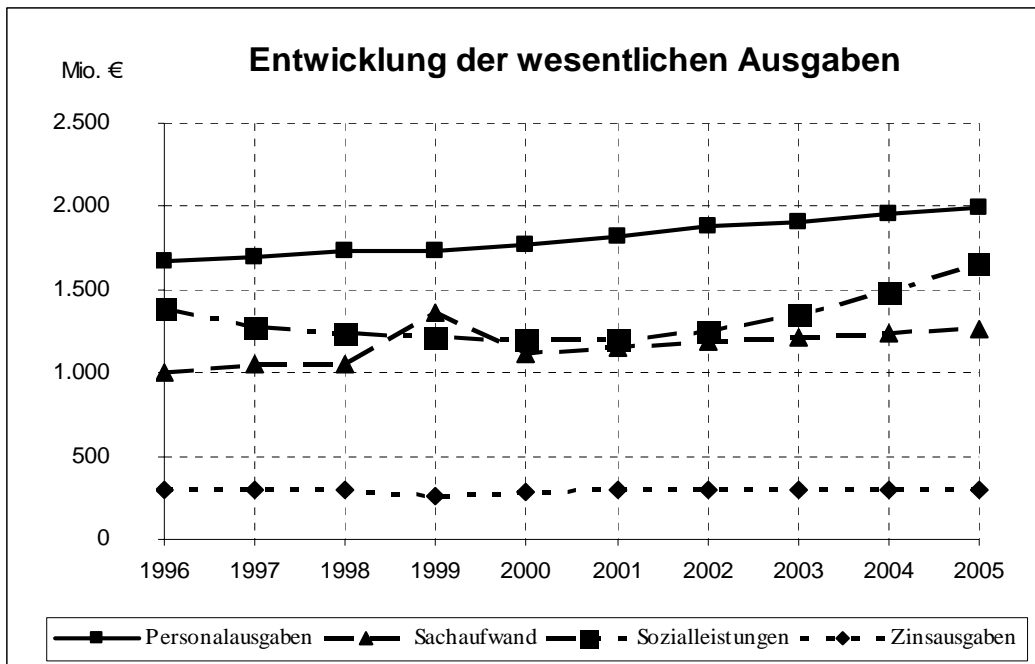
Von der Netto-Neuverschuldung im Jahr 2005 entfielen auf die kreisfreien Städte 6 Mio. € auf die Landkreise 18 Mio. € und auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 19 Mio. €

<sup>25)</sup> Davon 1 Mio. € in der Kapitalrechnung und 347 Mio. € in den besonderen Finanzierungsvorgängen.

<sup>26)</sup> Davon 10 Mio. € in der Kapitalrechnung und 295 Mio. € in den besonderen Finanzierungsvorgängen.

### 3. Ausgabenentwicklung im Einzelnen

Die Gesamtausgaben<sup>27)</sup> der Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 206 Mio. € (2,4 %) auf 8.713 Mio. €



Die Gesamtausgaben stiegen bei den kreisfreien Städten um 89 Mio. € und bei den Landkreisen um 189 Mio. €. Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden gingen sie gegenüber dem Vorjahr um 72 Mio. € zurück.

Die Entwicklung der Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung nach Gebietskörperschaftsgruppen ist in Anlage 3 dargestellt.

#### 3.1 Personalausgaben

Die Personalausgaben erhöhten sich gegenüber 2004 um 36 Mio. € auf insgesamt 1.992 Mio. €<sup>28)</sup>. Bei den kreisfreien Städten stiegen sie um 2,3 % auf 642 Mio. € bei den Landkreisen um 1,2 % auf 333 Mio. € und bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden um 1,8 % auf 1.017 Mio. €

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre ist nur bedingt möglich, weil Einrichtungen und damit Personalausgaben aus den Haushalten ausgelagert wurden<sup>29)</sup>.

Der Anteil der Personalausgaben an den Ausgaben der laufenden Rechnung 2005 betrug 26,2 % (Vorjahr 26,6 %). Bei den kreisfreien Städten waren es 32,3 %, bei den Landkreisen 14,6 % und bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 30,5 %.

<sup>27)</sup> Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (Schuldentilgung, Zuführung an Rücklagen, Deckung von Vorjahresfehlbeträgen).

<sup>28)</sup> Die Ausgaben für Löhne, Gehälter, Dienstbezüge und Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten betragen 1.705 Mio. € auf Versorgungsbezüge entfielen 226 Mio. € und auf sonstige Personalausgaben 61 Mio. €

<sup>29)</sup> Über den Umfang der Personalausgaben der ausgelagerten Bereiche liegen keine Daten vor.

### 3.2 Ausgaben für Sozialleistungen

Die Ausgaben für Sozialleistungen stiegen 2005 gegenüber dem Vorjahr um 176 Mio. € oder 11,9 % auf 1.657 Mio. €

Ausgabeart	2001	2002	2003	2004	2005	2005/2004
	- Mio. € -					%
Kommunale Ausgaben für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	-	-	-	-	412,8	-
Leistungen der Sozialhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen	437,2	443,6	434,4	441,6	230,9	-47,7
Leistungen der Sozialhilfe an Personen in Einrichtungen	385,1	408,4	440,5	521,3	609,9	17,0
Leistungen an Kriegssopfer und ähnliche Anspruchsberechtigte	16,2	15,6	15,8	17,2	17,9	4,1
Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	73,8	82,6	88,1	92,1	97,0	5,3
Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen	148,6	158,7	164,0	168,4	175,8	4,4
Sonstige soziale Leistungen <sup>30)</sup>	75,7	76,1	146,9	191,9	68,6	-64,3
Leistungen an Asylbewerber	64,4	60,4	53,6	48,8	44,2	-9,4
Summe	1.201,0	1.245,4	1.343,3	1.481,3	1.657,1	11,9

Die Ausgabenentwicklung wurde insbesondere durch die Zusammenfassung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe für erwerbsfähige Hilfebedürftige zu einer einheitlichen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) <sup>31)</sup> beeinflusst.

Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind die Bundesagentur für Arbeit sowie die kreisfreien Städte und Landkreise.

Die Aufgaben werden mit Ausnahme von zwei zugelassenen kommunalen Trägern und einem Landkreis mit getrennter Bearbeitung durch einheitliche Arbeitsgemeinschaften wahrgenommen.

Dabei haben die Landkreise und kreisfreien Städte die Kosten für

- Leistungen für Unterkunft und Heizung,
- Erstausrüstungen für die Wohnung, Erstausrüstungen für Bekleidung sowie mehrtägige Klassenfahrten und
- Betreuung oder Beratung

zu tragen. Die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden erstatten dem Landkreis jeweils 25 % seiner Aufwendungen <sup>32)</sup>.

Der kommunale Anteil an den Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende belief sich auf rd. 413 Mio. €. Den Ausgaben standen Einnahmen aus der Beteiligung des Bundes und des Landes an den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende von 144,0 Mio. € gegenüber.

Die Leistungen der Sozialhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen verringerten sich insbesondere durch den Wechsel von Hilfeempfängern in den Leistungsbezug nach dem SGB II um 211 Mio. €. In diesem Betrag ist der Zuwachs an Ausgaben aufgrund der Einordnung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) <sup>33)</sup> in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) <sup>34)</sup> eingerechnet.

<sup>30)</sup> In den Jahren 2003 und 2004 wurden die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bei den sonstigen sozialen Leistungen nachgewiesen.

<sup>31)</sup> - Grundsicherung für Arbeitsuchende - vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2006 (BGBl. I S. 558).

<sup>32)</sup> § 3 Landesgesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB II) vom 22. Dezember 2004 (GVBl. S. 569).

<sup>33)</sup> Vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310/1335), aufgehoben durch Gesetz vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022/3070).

<sup>34)</sup> - Sozialhilfe - vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2006 (BGBl. I S. 558).



Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit 13,2 Mio. € jährlich.

Die kommunalen Leistungen der Sozialhilfe an Personen in Einrichtungen stiegen unter anderem aufgrund einer Verlagerung der funktionalen Zuständigkeit vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung auf die kreisfreien Städte und Landkreise<sup>35)</sup> um 89 Mio. €

Die Leistungen der Jugendhilfe insgesamt stiegen 2005 gegenüber dem Vorjahr um 12 Mio. € oder 4,7 %.

Der Rückgang der sonstigen sozialen Leistungen um 123 Mio. € ist im Wesentlichen eine Folge der Integration der Regelungen über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in das SGB XII.

### 3.3 Sachaufwand

Der laufende Sachaufwand, z.B. für die Gebäudebewirtschaftung und Geschäftsausgaben, stieg gegenüber 2004 um 29 Mio. € auf 1.267 Mio. €. Auf die kreisfreien Städte entfielen Ausgaben von 415 Mio. €, auf die Landkreise 236 Mio. € sowie auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 616 Mio. €

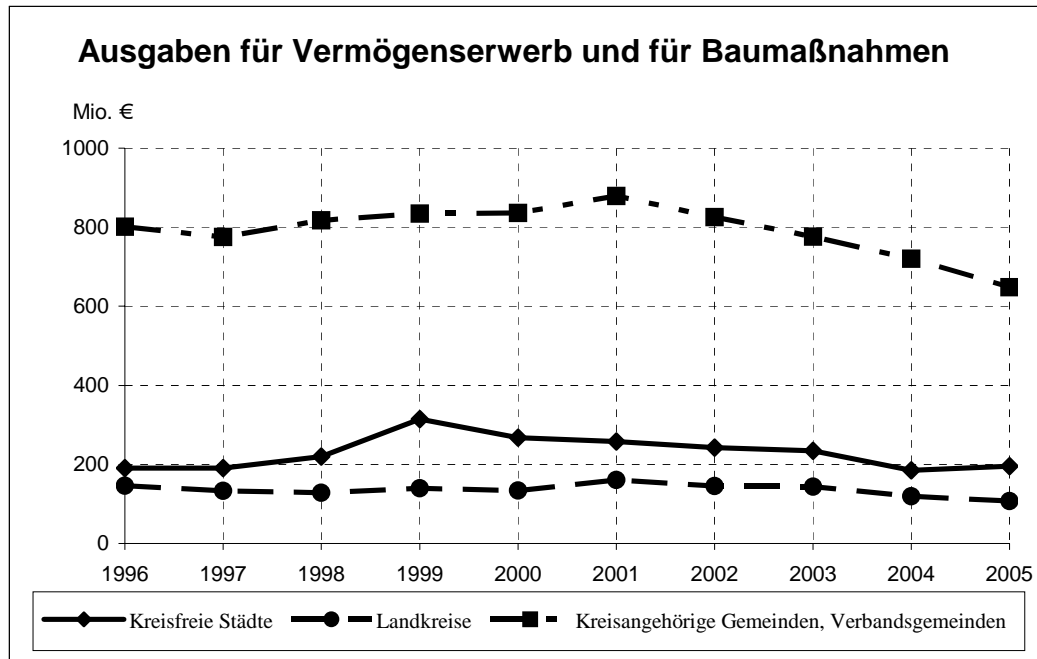
### 3.4 Zinsausgaben

Die Zinsausgaben gingen um 2 Mio. € auf 296 Mio. € zurück. Die Zinssteuerquote (Verhältnis der Zinsausgaben zu den Einnahmen aus Steuern) hat sich aufgrund der gestiegenen Steuereinnahmen seit 2004 verringert.

Zinssteuerquote in %					
2000	2001	2002	2003	2004	2005
10,9	12,9	13,0	13,5	12,4	11,8

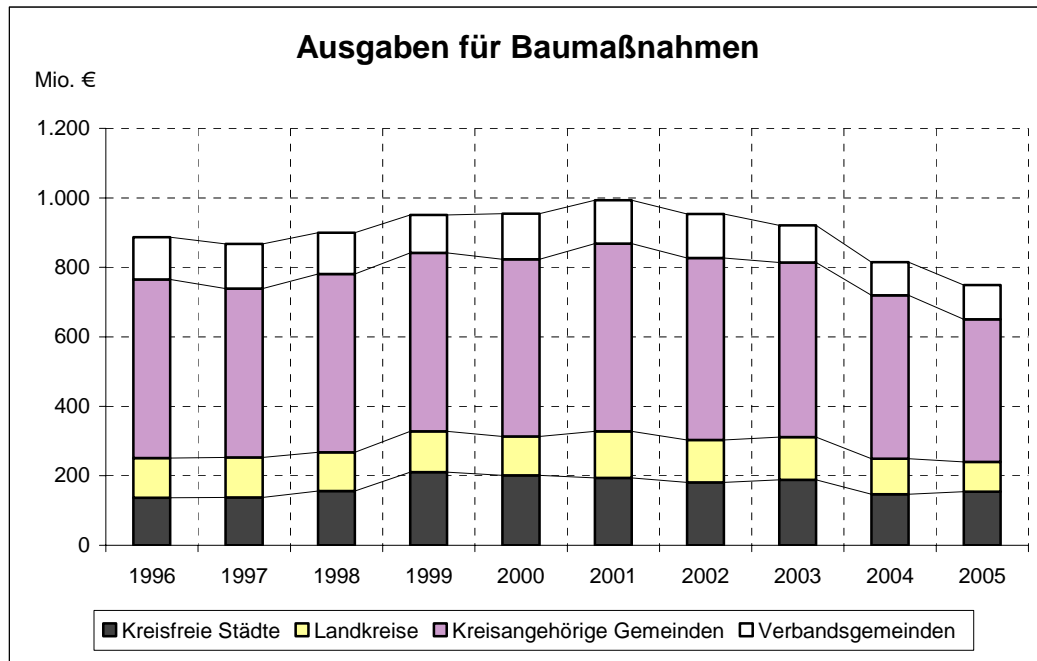
### 3.5 Sachinvestitionen

Die Sachinvestitionen waren 2005 im vierten Jahr in Folge rückläufig. Mit 952 Mio. € betragen sie 73 Mio. € weniger als im Vorjahr und lagen erstmals im Zehnjahresvergleich unter 1 Mrd. € Rund zwei Drittel der kommunalen Sachinvestitionen entfielen auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden.



<sup>35)</sup> Zum 1. März 2005 wurden überregionale Einrichtungen, die der Eingliederung behinderter Menschen dienen, regionalisiert. Dadurch wurden die kreisfreien Städte und Landkreise zur Aufgabenerledigung herangezogen (Rundschreiben des Landesamts für Soziales, Jugend und Versorgung Nr. 01/2005 vom 13. Januar 2005, Aktenzeichen: 41 A/207-05).

Die Ausgaben für Baumaßnahmen gingen gegenüber dem Vorjahr um 66 Mio. € auf 749 Mio. € zurück. Dies war zurückzuführen auf die kreisangehörigen Gemeinden, die Verbandsgemeinden und die Landkreise, die zusammen 73 Mio. € weniger ausgaben als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte erhöhten ihre Ausgaben dagegen um 7 Mio. €



Neben den Ausgaben für eigene Investitionsmaßnahmen gewährten die Gemeinden und Gemeindeverbände Zuweisungen und Zuschüsse von 122 Mio. € für Investitionen Dritter, das waren 11 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Durch die Auslagerung von Einrichtungen aus den Haushalten wird ein langfristiger Vergleich der Ausgaben für Sachinvestitionen insgesamt erschwert. Die Investitionsausgaben lagen 2002 und 2003<sup>36)</sup> über den Investitionsausgaben der Kommunen und entwickelten sich seit 1996 wie folgt<sup>37)</sup>:

Investitionsausgaben ausgegliederter Einrichtungen in Mio. €							
1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
1.080	1.079	1.111	1.159	1.150	1.206	1.563	1.314

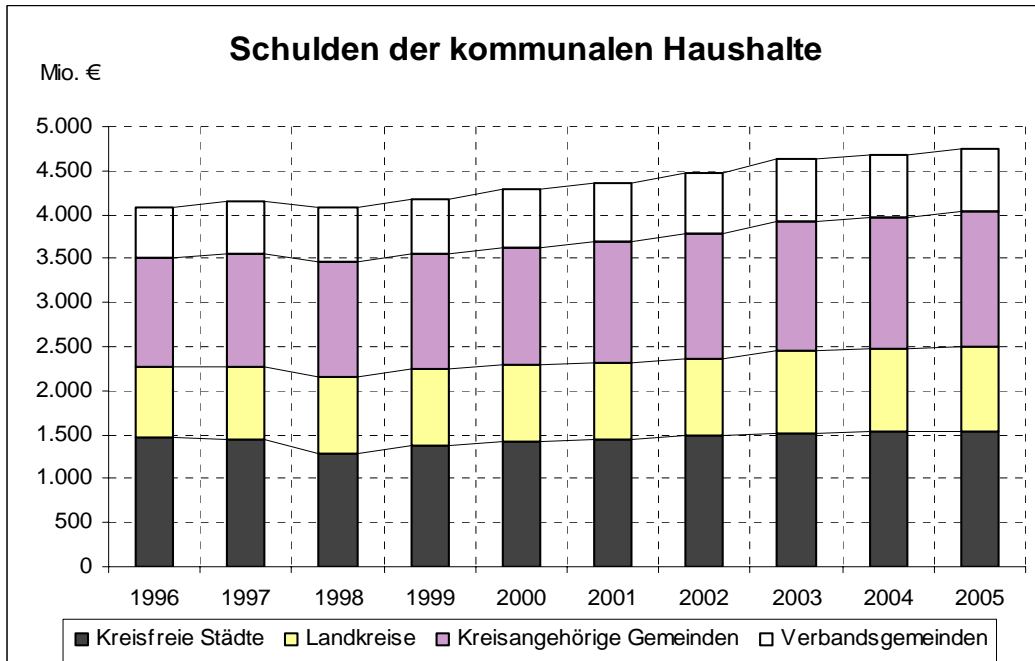
<sup>36)</sup> Aktuellere Werte liegen nicht vor.

<sup>37)</sup> Statistische Berichte des Statistischen Landesamts, Kennziffer LV-j/03.

#### 4. Schulden der kommunalen Haushalte<sup>38)</sup>

##### 4.1 Kredite für Investitionen

Die Schulden der kommunalen Haushalte für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen stiegen 2005 um 61 Mio. € auf insgesamt 4.748 Mio. € oder 1.170 € je Einwohner an. Auf die kreisfreien Städte entfielen 1.529 Mio. €, auf die Landkreise 981 Mio. €, auf die kreisangehörigen Gemeinden 1.525 Mio. € und auf die Verbandsgemeinden 713 Mio. €.



##### 4.2 Kassenkredite

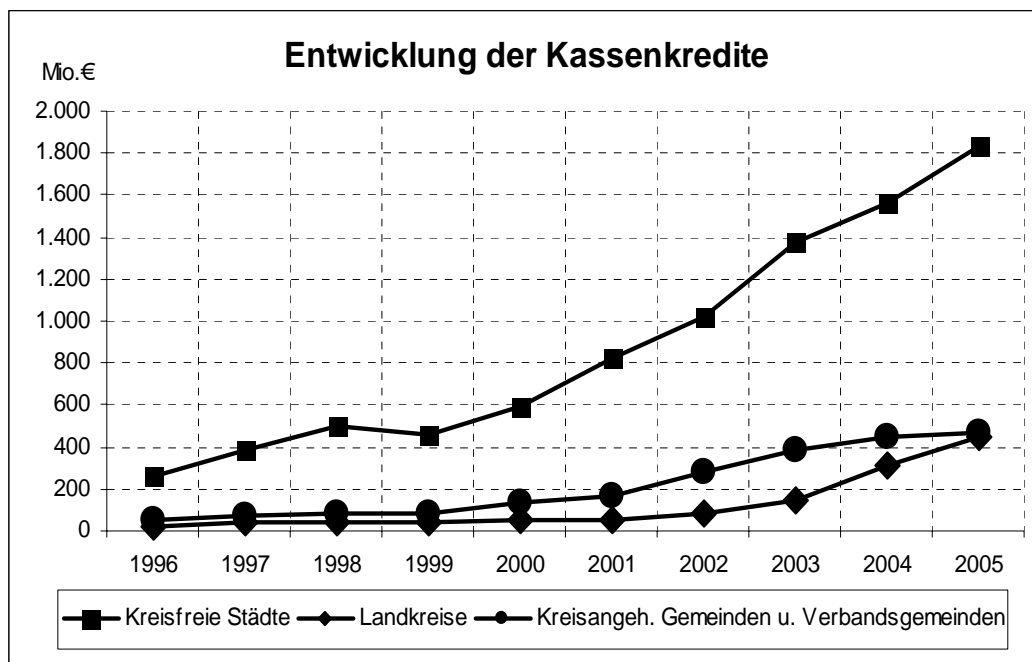
Dem seit Jahren stetigen, aber verhältnismäßig geringen Zuwachs an Krediten für Investitionen stand eine erhebliche Zunahme der Kassenkredite gegenüber. Dies macht die angespannte Finanzsituation der Kommunen deutlich. Kassenkredite werden regelmäßig nicht mehr - wie nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung<sup>39)</sup> vorgesehen - zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätseingänge aufgenommen, sondern aufgrund der seit über einem Jahrzehnt anhaltenden negativen Finanzierungssalden vieler kommunaler Gebietskörperschaften zur Finanzierung von Fehlbeträgen aus früheren Haushaltsjahren genutzt.

Im Jahr 2005 stieg die Verschuldung durch Kassenkredite gegenüber dem Vorjahr um 432 Mio. € oder 19 % auf 2.756 Mio. € an. Vom Zuwachs entfielen auf die kreisfreien Städte 268 Mio. €, auf die Landkreise 143 Mio. € sowie auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 21 Mio. €<sup>40)</sup>. Im Zehnjahresvergleich stieg die Verschuldung insgesamt um das 7,1fache.

38) Der Vergleich zum Vorjahr beruht auf den Schuldenstatistiken 2004 und 2005. Die im Kommunalbericht 2004 Teil I dargestellten Schulden für 2004 wurden der vierteljährlichen Kassenstatistik entnommen, da die Schuldenstatistik noch nicht vorlag.

39) § 105 GemO, Nr. 1 VV zu § 105 GemO.

40) Davon 8 Mio. € auf die acht großen kreisangehörigen Städte.



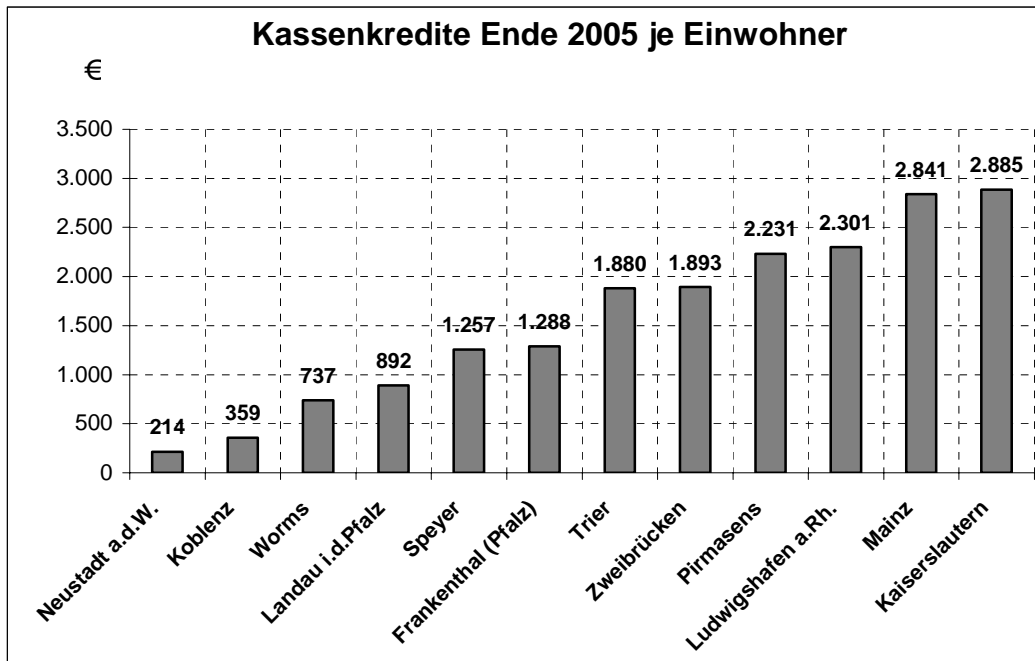
Insgesamt hatten 140 von 236 kommunalen Gebietskörperschaften (ohne Ortsgemeinden<sup>41)</sup>) Kassenkredite aufgenommen. Der höchste Anteil an den Kassenkrediten entfiel mit 1.830 Mio. € auf die kreisfreien Städte. Die Landkreise und die zugeordneten Kommunen nahmen Kassenkredite von 926 Mio. € auf.

Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände 2005					
	Anzahl der Gebietskörperschaften	davon mit Kassenkrediten		Höhe der Kassenkredite	Anteil an der Gesamthöhe der Kassenkredite
		- Anzahl -	- in % -	- in Mio. € -	- in % -
Kreisfreie Städte	12	12	100,0	1.830	66,4
Landkreise	24	19	79,2	452	16,4
Große kreisangehörige Städte	8	7	87,5	84	3,1
Verbandsfreie Gemeinden	29	11	37,9	39	1,4
Verbandsgemeinden	163	91	55,8	351	12,7
<b>Insgesamt</b>	<b>236</b>	<b>140</b>	<b>59,3</b>	<b>2.756</b>	<b>100,0</b>

Im Jahr 2005 entsprach der Stand der Kassenkredite aller Kommunen in Rheinland-Pfalz bereits 58 % des Schuldenstands der Kredite für Investitionen.

<sup>41)</sup> Die Darstellung erfolgt ohne die 2.257 Ortsgemeinden. Die Kassen- und Rechnungsgeschäfte der Ortsgemeinden obliegen den Verbandsgemeindeverwaltungen (§ 68 Abs. 1 GemO). Kassenkredite dürfen nur von den Verbandsgemeindeverwaltungen aufgenommen werden (VV Nr. 3 zu § 105 GemO).

Bei den kreisfreien Städten überschritt wie bereits im Vorjahr die Verschuldung durch Kassenkredite die Höhe der langfristigen Kredite für Investitionen und entsprach 92 % der Einnahmen der Verwaltungshaushalte. Im Einzelnen ergaben sich 2005 folgende Belastungen je Einwohner:



Die durchschnittliche Verschuldung durch Kassenkredite betrug bei den kreisfreien Städten 1.804 € je Einwohner sowie bei den Landkreisen und den zugeordneten Kommunen insgesamt 304 € je Einwohner.

Bei den acht großen kreisangehörigen Städten ergab sich durch Kassenkredite von 84 Mio. € ein Durchschnittswert von 323 € je Einwohner<sup>42)</sup>.

Stadt	Kassenkredite in €Einwohner
Ingelheim am Rhein	-
Andernach	136
Mayen	149
Bad Kreuznach	266
Lahnstein	330
Neuwied	409
Idar-Oberstein	508
Bingen am Rhein	624

### 4.3 Gesamtschulden

Im Vergleich der acht Flächenländer (West) wiesen die Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz 2005 den dritthöchsten Schuldenstand <sup>43)</sup> aus.

Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände								
	- in € -							
	Baden-Württemb.	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinl.-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein
2000	752	1.110	1.625	1.253	1.539	1.259	1.480	1.017
2001	792	1.113	1.607	1.260	1.566	1.342	1.506	1.024
2002	726	1.150	1.647	1.289	1.615	1.454	1.574	1.015
2003	756	1.248	1.734	1.397	1.778	1.617	1.661	1.084
2004	750	1.287	1.859	1.469	1.846	1.735	1.781	1.149
2005	765	1.289	1.955	1.510	1.966	1.863	1.838	1.108
Veränderung 2005 zu 2000	13	179	330	257	427	604	358	91

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz ist mit 1.863 € je Einwohner höher als der Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer (West). Ein Vergleich ist jedoch wegen des unterschiedlichen Stands der Auslagerung von Einrichtungen aus den kommunalen Haushalten nur bedingt möglich.

Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2005/2000
	- in € -						- in % -
Flächenländer (West)	1.253	1.273	1.298	1.406	1.465	1.523	21,5
davon							
- Kreditmarktschulden (i.w.S.)	1.077	1.068	1.066	1.088	1.091	1.094	1,6
- Schulden bei öffentl. Haushalten	66	65	65	68	68	68	3,0
- Innere Darlehen, Kassenkredite	110	140	167	250	306	361	228,2
Rheinland-Pfalz	1.259	1.342	1.454	1.617	1.735	1.863	48,0
davon							
- Kreditmarktschulden (i.w.S.)	1.049	1.064	1.091	1.130	1.145	1.158	10,4
- Schulden bei öffentl. Haushalten	16	17	17	14	14	12	-25,0
- Innere Darlehen, Kassenkredite	194	261	346	473	576	693	257,2

Zählt man alle Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen, beträgt die Verschuldung Ende 2005 mehr als 12,1 Mrd. € oder 2.971 € je Einwohner <sup>44)</sup> (Ende 2004: 11,4 Mrd. € oder 2.809 € je Einwohner). Gegenüber dem Schuldenstand Ende 2004 entspricht dies einer Steigerung von 6,1 %.

Speyer, 19. Mai 2006

Rechnungshof  
Rheinland-Pfalz

Volker Hartloff  
Präsident

<sup>43)</sup> Ohne die Schulden der Eigenbetriebe und Krankenanstalten. Die Angaben 2000 bis 2004 sind aus den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 5, "Schulden der öffentlichen Haushalte", für 2005 aus der Fachserie 14 Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts“ ermittelt (Bevölkerung zum 30. Juni des Bezugsjahres).

<sup>44)</sup> Vgl. Fußnote 12.

**Gemeinden und Gemeindeverbände mit unausgeglichenem Haushalt**  
**Rechnungsergebnis 2004**  
**- Fehlbetrag € -**

Kreisfreie Städte		
	Anz.	Fehlbetrag
Koblenz	1	16.145.685
Trier	1	67.186.573
Frankenthal	1	29.171.640
Kaiserslautern	1	129.177.281
Landau	1	21.031.666
Ludwigshafen	1	<sup>1)</sup> 366.443.443
Mainz	1	173.556.302
Neustadt	-	-
Pirmasens	1	27.397.000
Speyer	1	29.108.897
Worms	1	29.991.810
Zweibrücken	1	30.076.319
<b>Summe</b>	<b>11</b>	<b>919.286.616</b>

Große kreisangehörige Städte		
	Anz.	Fehlbetrag
Bad Kreuznach	1	1.596.348
Idar-Oberstein	1	4.191.629
Andernach	-	-
Mayen	1	1.203.251
Neuwied	1	8.858.640
Lahnstein	1	1.610.092
Bingen	-	-
Ingelheim	-	-
<b>Summe</b>	<b>5</b>	<b>17.459.960</b>

Landkreis	Kreise		Verbandsgemeinden		Gemeinden <sup>2)</sup>	
	Anz.	Fehlbetrag	Anz.	Fehlbetrag	Anz.	Fehlbetrag
Ahrweiler	-	-	-	-	20	3.792.513
Altenkirchen	1	2.744.780	3	2.213.894	45	11.924.187
Bad Kreuznach	1	15.638.773	2	949.128	40	14.374.795
Birkenfeld	1	8.712.168	1	1.040.507	15	2.461.236
Cochem-Zell	1	9.347.390	1	278.025	53	5.014.731
Mayen-Koblenz	1	15.575.101	1	75.353	15	5.055.687
Neuwied	1	32.132.596	1	102.725	22	9.586.151
Rhein-Hunsrück-Kreis	1	3.086.815	-	-	5	498.773
Rhein-Lahn-Kreis	1	9.642.197	3	468.365	42	8.953.963
Westerwaldkreis	1	325.682	1	385.544	30	5.607.671
Bernkastel-Wittlich	1	3.746.776	2	1.679.903	60	8.230.692
Bitburg-Prüm	1	7.364.069	6	8.952.525	115	16.264.020
Daun	1	8.947.987	1	1.975.683	32	5.985.505
Trier-Saarburg	-	-	3	816.482	60	11.669.590
Alzey-Worms	1	13.654.030	-	-	27	11.854.047
Bad Dürkheim	1	12.999.086	3	1.860.179	31	10.948.800
Donnersbergkreis	1	7.448.564	4	2.941.003	73	13.814.799
Germersheim	1	8.896.833	1	159.039	11	1.767.912
Kaiserslautern	1	18.042.933	6	5.214.339	26	9.396.885
Kusel	1	12.964.563	5	2.835.966	80	7.802.540
Südliche Weinstraße	1	2.618.574	-	-	17	3.111.076
Rhein-Pfalz-Kreis	1	4.474.969	1	31.414	4	1.405.078
Mainz-Bingen	-	-	4	932.621	24	12.743.752
Südwestpfalz	-	-	3	677.894	39	2.901.773
<b>Summe</b>	<b>20</b>	<b>198.363.886</b>	<b>52</b>	<b>33.590.589</b>	<b>886</b>	<b>185.166.176</b>

1) Veranschlagung aller Fehlbeträge aus Vorjahren.

2) Ortsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden ohne große kreisangehörige Städte.

<b>Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt</b>	<b>974</b>
<b>Fehlbetrag insgesamt</b>	<b>1.353.867.227</b>

**Gemeinden und Gemeindeverbände mit unausgeglichenem Haushalt**  
**Haushaltsplanung 2005**  
**- Fehlbetrag € -**

Kreisfreie Städte		
	Anz.	Fehlbetrag
Koblenz	1	41.273.000
Trier	1	65.426.191
Frankenthal	1	35.415.030
Kaiserslautern	1	146.672.450
Landau	1	29.089.382
Ludwigshafen	1	1) 399.481.770
Mainz	1	343.669.597
Neustadt	1	5.325.045
Pirmasens	1	61.902.450
Speyer	1	32.805.740
Worms	1	81.843.800
Zweibrücken	1	44.408.067
<b>Summe</b>	<b>12</b>	<b>1.287.312.522</b>

Große kreisangehörige Städte		
	Anz.	Fehlbetrag
Bad Kreuznach	1	10.814.164
Idar-Oberstein	1	8.454.798
Andernach	1	3.692.000
Mayen	1	1.930.798
Neuwied	1	26.610.000
Lahnstein	1	8.086.833
Bingen	-	-
Ingelheim	-	-
<b>Summe</b>	<b>6</b>	<b>59.588.593</b>

Landkreis	Landkreise		Verbandsgemeinden		Gemeinden <sup>2)</sup>	
	Anz.	Fehlbetrag	Anz.	Fehlbetrag	Anz.	Fehlbetrag
Ahrweiler	-	-	1	169.433	22	5.671.106
Altenkirchen	1	7.128.200	6	3.318.072	50	16.172.706
Bad Kreuznach	1	23.320.620	2	1.166.400	51	17.446.284
Birkenfeld	1	13.409.000	2	2.845.550	17	1.479.211
Cochem-Zell	1	6.396.930	4	1.065.145	64	8.200.060
Mayen-Koblenz	1	18.805.177	1	176.890	28	9.947.372
Neuwied	1	39.309.322	-	-	20	12.417.970
Rhein-Hunsrück-Kreis	1	5.243.230	-	-	3	628.880
Rhein-Lahn-Kreis	1	14.789.552	5	1.137.315	49	9.147.486
Westerwaldkreis	1	3.950.720	-	-	16	3.349.127
Bernkastel-Wittlich	1	5.729.200	4	2.405.476	65	13.498.930
Bitburg-Prüm	1	9.397.250	6	12.197.705	133	16.736.469
Daun	1	14.994.910	3	2.733.830	42	7.248.732
Trier-Saarburg	1	2.400.343	3	2.007.154	70	19.438.801
Alzey-Worms	1	15.932.200	-	-	32	12.331.800
Bad Dürkheim	1	23.060.090	3	3.086.404	33	15.417.802
Donnersbergkreis	1	13.405.830	5	3.980.079	76	25.083.184
Germersheim	1	12.714.800	3	1.124.080	15	7.293.977
Kaiserslautern	1	28.074.751	6	6.466.771	32	14.894.259
Kusel	1	23.836.060	6	5.971.273	87	11.327.078
Südliche Weinstraße	1	7.513.800	-	-	21	1.802.439
Rhein-Pfalz-Kreis	1	5.813.685	-	-	7	3.748.202
Mainz-Bingen	1	5.680.000	4	1.431.534	26	10.004.668
Südwestpfalz	1	3.074.970	2	1.058.010	57	3.941.290
<b>Summe</b>	<b>23</b>	<b>303.980.640</b>	<b>66</b>	<b>52.341.121</b>	<b>1.016</b>	<b>247.227.833</b>

1) Veranschlagung aller Fehlbeträge aus Vorjahren.

2) Ortsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden ohne große kreisangehörige Städte.

<b>Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt</b>	<b>1.123</b>
<b>Fehlbetrag insgesamt</b>	<b>1.950.450.709</b>



**Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben 2004 und 2005**  
**nach Gebietskörperschaftsgruppen**

Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Landkreise	Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden
	- Mio. €-			
<b><u>1. Einnahmen</u></b>				
1.1 Laufenden Rechnung				
2004	7.172	1.726	1.965	3.481
2005	7.432	1.770	2.176	3.486
+ / -	+260 (+3,6 %)	+44 (+2,5 %)	+211 (+10,7 %)	+5 (+0,1 %)
1.2 Kapitalrechnung				
2004	832	202	91	539
2005	827	228	99	500
+ / -	-5 (-0,6 %)	+26 (+12,9 %)	+8 (+8,8 %)	-39 (-7,2 %)
1.3 Gesamteinnahmen				
2004	8.004	1.928	2.056	4.020
2005	8.259	1.998	2.275	3.986
+ / -	+255 (+3,2 %)	+70 (+3,6 %)	+219 (+10,7 %)	-34 (-0,8 %)
<b><u>2. Ausgaben</u></b>				
2.1 Laufenden Rechnung				
2004	7.354	1.927	2.078	3.349
2005	7.603	1.989	2.279	3.335
+ / -	+249 (+3,4 %)	+62 (+3,2 %)	+201 (+9,7 %)	-14 (-0,4 %)
2.2 Kapitalrechnung				
2004	1.153	230	146	777
2005	1.110	257	134	719
+ / -	-43 (-3,7 %)	+27 (+11,7 %)	-12 (-8,2 %)	-58 (-7,5 %)
2.3 Gesamtausgaben				
2004	8.507	2.157	2.224	4.126
2005	8.713	2.246	2.413	4.054
+ / -	+206 (+2,4 %)	+89 (+4,1 %)	+189 (+8,5 %)	-72 (-1,7 %)